



Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



10. Oktober 1989
9. Jahrgang, S. 166–183
ISSN 0177-1868

10

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	166
Wiedereinsetzungsantrag, Fristversäumnis	167
– Form der Fristnotierung (BGH Ur. v. 21. 12. 1988 – VIII ZR 84/88)	
Wiedereinsetzungsantrag	169
– Nichtabgabe eines Schriftsatzes bei Gericht (BGH Beschl. v. 21. 12. 1988 – VIII ZB 35/88)	
Haftung des Rechtsanwalts	172
– Einhaltung des sicheren Weges – Drei-Wochen-Frist des § 4, S. 1 Kündigungsschutzgesetz – zwei Kündigungserklärungen (OLG Karlsruhe Ur. v. 25. 1. 1989 – 1 U 195/88)	
Steuerberaterhaftung	175
– Prozeßauftrag – ordnungsgemäße Unterschrift (BFH Ur. v. 26. 7. 1988 – X R 45/87)	
Investitionszulageantrag / Nichtzulassungsbeschwerde	176
– Höhe der Investitionssumme – Teilerstellungskosten (BFH Ur. v. 17. 3. 1989 – III B 136/87)	
GI Hinweis	180

GI Leitsätze

Wiedereinsetzung / Büroversehen, Hilfskräfte

Bei der Wahrung prozessualer Fristen darf sich ein Anwalt für mechanische Hilfeleistung (z. B. für Botengänge und für die Anfertigung von Kopien) auch solcher Hilfskräfte bedienen, die nicht die Qualifikation besitzen, die für die selbständige Fristenberechnung und Fristenkontrolle verlangt wird.

Zur Frage, ob zur Glaubhaftmachung eine eidesstattliche Versicherung ausreicht, die keine eigene Sachdarstellung, sondern nur eine Bezugnahme auf einen anwaltlichen Schriftsatz enthält (hier: Die eidesstattliche Versicherung ist mit eigener Sachdarstellung zu versehen).

(BGH Beschl. v. 13. I. 1988 – IVa ZB 13/87)

Fristenkontrollbuch

1. Für eine schuldlose Fristversäumnis reicht es nicht aus, daß die Akten dem Prozeßbevollmächtigten von der zuständigen Sachbearbeiterin innerhalb der Frist vorgelegt werden; es muß eine Kontrolle hinzukommen, daß die zur Fristwahrung notwendigen Maßnahmen auch tatsächlich ergriffen wurden.
2. Hierfür ist die Führung eines Fristenkontrollbuchs oder einer vergleichbaren Einrichtung unerlässlich.
3. Innerhalb der zweiwöchigen Wiedereinsetzungsfrist (§ 56 Abs. 2 FGO) muß vorgebracht werden, daß die zur Fristwahrung notwendigen Maßnahmen auch tatsächlich ergriffen wurden und ein Fristenkontrollbuch geführt wird.
4. Spätestens im weiteren Verfahren über den Antrag muß zur Glaubhaftmachung ein Auszug aus dem Fristenkontrollbuch vorgelegt werden.

(BFH Beschl. v. 26. II. 1986 IX R 64/86 = BFH NV 1988, 33)

Briefumschlag, Zustellungsdatum

Ein Prozeßbevollmächtigter muß durch organisatorische Maßnahmen sicherstellen, daß ihm der Umschlag einer mit Postzustellungsurkunde zugestellten Sendung mit einem finanzgerichtlichen Urteil vorgelegt wird. Er muß in der Lage sein, den auf dem Umschlag der Sendung vermerkten Tag der Zustellung festzustellen.

(Beschl. v. 23. 9. 1987 – V B 71/87, BFH NV 1988, 250)

Pflicht zur Überwachung des Büropersonals, Klage gegen vorläufigen Einkommensteuerbescheid

1. Gibt ein Rechtsanwalt seiner zuverlässigen Bürokraft die Anweisung, in einer von ihm bereits unterzeichneten Revisionsschrift, die nur aus einem Blatt besteht, die Gerichtsbezeichnung zu ändern, so braucht er die Ausführung seiner Anweisung nicht zu kontrollieren (Anschluß an BGH-Beschl. v. 4. II. 1981 – VIII ZB 59, 60/81, NJW 1982, 2670).
2. Eine gegen einen vEK-Bescheid erhobene Klage, die auf Einwendungen gegen die Höhe des angesetzten Einkommens gestützt ist, ist unzulässig.
3. Wird eine gegen einen vEK-Bescheid erhobene Klage auf die Behauptung gestützt, das Finanzamt habe zu Unrecht eine verdeckte Gewinnausschüttung angenommen, so hat das Finanzgericht zu prüfen, ob die angenommene verdeckte Gewinnausschüttung tatsächlich das verwendbare Eigenkapital gemindert hat.

(BFH Urf. v. 26. 8. 1987 – I R 141/86 = STEUER-TELEX 0317 = LEXinform 0081060)

Wiedereinsetzungsantrag, Fristversäumnis

– Form der Fristnotierung

(BGH Urt. v. 21.12.1988 – VIII ZR 84/88)

Leitsatz:

Zur Frage der deutlichen Abhebung von Rechtsmittel- und Rechtsmittelbegründungsfristen gegenüber gewöhnlichen Wiedervorlagefristen bei der Notierung im Fristenkalender einer Anwaltskanzlei.

Aus den Gründen:

.....

2. Da mithin die Weisung des Rechtsanwalts Dr. N. an seinen Bürovorsteher nicht zu beanstanden war und sich der Beklagte den Fehler des Bürovorstehers nicht wie eigenes Verschulden zurechnen lassen muß, durfte die Wiedereinsetzung nur versagt werden, wenn dem erstinstanzlichen Prozeßbevollmächtigten des Beklagten ein anderes Verschulden anzulasten wäre, ohne das die Fristversäumung möglicherweise hätte verhindert werden können. Entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts kann es nicht in der Organisation der Fristennotierung in dem Kalender gesehen werden. Es entspricht zwar gefestigter Rechtsprechung, daß **Rechtsmittel- und Rechtsmittelbegründungsfristen so notiert werden müssen, daß sie sich von gewöhnlichen Wiedervorlagefristen deutlich abheben** (BGH Beschlüsse v. 15. 2. 1978 – IV ZB 65/77 = JurBüro 1978 Sp. 1160 f und IV ZB 42/77 = JurBüro 1978 Sp. 1162 f; v. 18. 5. 1983 – VIII ZB 18/83 = VersR 1983, 777 unter 2 b und v. 18. 12. 1985 – IVa ZR 223/84 = VersR 1986, 469, 470; BAG AP ZPO § 232 Nr. 6 m. Anm. Pohle). Die Handhabung der Fristennotierung in der Kanzlei des Rechtsanwalts Dr. N. entsprach indessen diesen Anforderungen. Ein bestimmtes Verfahren ist insoweit weder vorgeschrieben noch allgemein üblich. Bei der in der Rechtsprechung erörterten Führung eines besonderen Promptfristenkalenders (dazu RG HRR 1938 Nr. 834), der Verwendung eines Kalenders mit besonderen Spalten für Rechtsmittel- oder Rechtsmittelbegründungsfristen (dazu RG JW 1939, 365) oder der farblichen Kennzeichnung bestimmter Fristen (dazu BGH Beschl. v. 28. 6. 1979 – VII ZB 2/79 = VersR 1979, 961), handelt es sich nur um Beispiele verschiedener Möglichkeiten. Auch im anwaltlichen Schrifttum wird eine **bestimmte Art der Kennzeichnung** etwa von Berufungs- und Berufungsbegründungsfristen weder empfohlen noch als üblich bezeichnet (vgl. z.B. Borgmann/Haug, Anwaltshaftung,

2. Aufl., S. 364; Borgmann AnwBl 1982, Sonderheft S. 14; Tieling u. a. AnwBl 1978, 85, 88; Commichau, Die anwaltliche Praxis in Zivilsachen, 1983, 206; DAV-Ratgeber, 3. Aufl., S. 75, 82 f).

Das Berufungsgericht hat der Ausgestaltung des in der Kanzlei des Rechtsanwalts Dr. N. verwendeten Fristenkalenders nicht hinreichend Beachtung geschenkt. Auf der rechten Seite des für jeden Tag vorgesehenen Blattes enthält er **zwei gesonderte Spalten „Vorfrist in Sachen“ in der linken und „Fristablauf heute“ in der rechten Hälfte**. Für die Monate November 1986 bis Januar 1987, hinsichtlich derer das Berufungsgericht die Kalender eingesehen und Ablichtungen zu den Akten genommen hat, finden sich in der rechten Spalte Eintragungen lediglich von Berufungs- und Berufungsbegründungsfristen, Widerrufs- und Widerspruchsfristen sowie von Schriftsatz- und Nachschubfristen. Dort waren also keineswegs alle Wiedervorlagefristen vermerkt, sondern nur solche sich aus dem Gesetz oder richterlicher Verfügung ergebenden Not- und andere Promptfristen, deren Nichtbeachtung Rechtsnachteile nach sich zog. Von den – in der linken Spalte aufgeführten – Vorfristen waren sie ebenso getrennt wie von den – in diesen Kalendern gar nicht notierten – sonstigen Fristen, etwa den vom Anwalt selbst verfüigten Fristen zur Verfahrensförderung, z. B. zwecks Abwartens auf eine Äußerung des Mandanten oder der Gegenseite oder eine Handlung des Gerichts. **Die in der Spalte „Fristablauf heute“ notierten Fristen waren auch untereinander hinreichend abgehoben**, nämlich durch die in der weiteren Spalte „Art der Frist“ vorgeschonenen und vorgenommenen Eintragungen (z. B. „Beruf“, „Ber. begr“, „SS“ oder „NSch“).

Nicht viel anders als bei einer unterschiedlichen farblichen Kennzeichnung ermöglichte dem Büropersonal ein kurzer Blick auf diese rechts außen im Kalender stehende Spalte, die Art der Frist, deren Ablauf drohte, zu erfassen. Die Erreichung des Zwecks der besonderen Kennzeichnung von Rechtsmittel- und Rechtsmittelbegründungsfristen, der der Forderung der Rechtsprechung nach deutlicher Abhebung von gewöhnlichen Wiedervorlagefristen zugrunde liegt, war somit ausreichend gewährleistet. Mit der Eintragung in der Spalte „Fristablauf heute“ und der Ausfüllung der Spalte „Art der Frist“ wurde zugleich – jedenfalls unter den gegebenen Umständen des zu entscheidenden Falles – eine „Signalwirkung“ erzielt.

Dabei kann der Umfang der Fristeintragungen in der Kanzlei des Rechtsanwalts Dr. N. nicht unberücksichtigt bleiben. Es war nämlich nicht so, daß in der Spalte „Fristablauf heute“ im fraglichen Zeitraum jeweils eine große Zahl von Eintragungen vermerkt gewesen wäre. Für 37 Werktage findet sich keine einzige Eintragung, für 19 Tage – wie auch für den 5.1.1987 – war nur eine Frist notiert, für 8 Tage waren zwei und für 3 Tage drei Eintragun-

gen vermerkt; mehr als drei Fristen waren für den Zeitraum eines Vierteljahres an keinem Tag eingetragen. Daraus folgt, daß der durch Notierung nur bestimmter Fristen und durch Kennzeichnung ihrer Art **erstrebte Warn-effekt** nicht durch eine Vielzahl von Eintragungen weder in Frage gestellt oder vereitelt wurde. Bei einem Vergleich dieser Art der Fristennotierung mit der vom Berufungsgericht für erforderlich oder doch ratsam gehaltenen Rötung von Rechtsmittel- und Rechtsmittelbegründungsfristen muß zudem bedacht werden, daß im letzteren Fall auch die anderen in der Spalte „Fristablauf heute“ eingetragenen Fristen, deren Versäumung ebenfalls unmittelbar mit Rechtsnachteilen verbunden sein könnte, durch eine – andere – farbliche Kennzeichnung hätten hervorgehoben werden müssen; ob dies ein sichererer Weg zur Vermeidung eines Übersehens oder Vergessens einer einzelnen Frist gewesen wäre als die in der Kanzlei des Rechtsanwalts Dr. N. vorgenommene „verbale“ Unterscheidung, ist zweifelhaft.

Wiedereinsetzungsantrag

– Nichtabgabe eines Schriftsatzes bei Gericht

(BGH Beschl. v. 21.12.1988 – VIII ZB 35/88)

Leitsatz (amtl.):

Zur Frage, ob Wiedereinsetzung in Betracht kommt, wenn der Rechtsanwalt vergißt, die von ihm mitgenommene Berufungsbegründungsfrist beim Gericht abzugeben, aber eine Kanzleiangestellte angewiesen hatte, ihn nach Rückkehr in die Kanzlei darauf anzusprechen, ob er den Schriftsatz abgegeben habe.

Leitsätze (d. Verf.):

1. Die nur **mündlich** erteilte Anweisung an das Büropersonal stellt in der Regel kein Organisationsverschulden dar.
2. Die Weisung an nur **eine** Kanzleiangestellte beseitigt die Gefahr, eine Mitarbeiterin werde sich auf die andere verlassen.

Aus den Gründen:

1. Im rechtlichen Ausgangspunkt kann kein Zweifel daran bestehen, daß es ein der Partei zuzurechnendes Verschulden des Prozeßbevollmächtigten darstellt (§§ 233, 85 Abs. 2 ZPO), wenn er vergißt, den von ihm zur Wahrung einer Frist mitgenommenen Schriftsatz bei Gericht abzugeben. **Das Verschulden schließt eine Wiedereinsetzung allerdings trotz fortbestehender Ursächlichkeit des zur Fristversäumung führenden Verhaltens nicht aus, wenn der Prozeßbevollmächtigte alle erforderlichen Schritte unternommen hat, die bei einem normalen Ablauf der Dinge mit Sicherheit dazu führen würden, daß die Frist gewahrt werden kann** (vgl. BGH Beschl. v. 2. 12. 1986 – VI ZB 9/86, VersR 1987, 564). Hierzu können entgegen der Ansicht des Oberlandesgerichts Vorkehrungen, wie sie der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten getroffen hat, geeignet sein – jedenfalls, soweit es um die **konkrete Anweisung zur Rückfrage** geht. Bei den vom Oberlandesgericht für seinen Standpunkt herangezogenen Entscheidungen des Bundesgerichtshofes v. 16. 3. 1983 – IVa ZB 5/83 (VersR 1983, 541) und v. 25. 9. 1968 – VIII ZR 45/68 (NJW 1968, 2244) handelte es sich um grundsätzlich andere Fragestellungen, nämlich die Verantwortung für die Fristenkontrolle, wenn dem Rechtsanwalt die Akten zur Fertigung der Begründung übergeben werden oder er zwar schon den Schriftsatz übernommen, aber keine Vorkehrungen gegen die sofortige Löschung der Frist getroffen hat, obwohl er den Schriftsatz erst drei Tage später bei Gericht habe abgeben wollen. Diese Fallgestaltungen sind dadurch gekennzeichnet, daß die an den Fristenkalender anknüpfende Fristenkontrolle im Hinblick auf den erst nach einigen Tagen eintretenden Endtermin nicht mehr gewährleistet war. Im vorliegenden Fall waren alle Vorkehrungen zur Beförderung des Schriftsatzes am letzte Tag der Frist getroffen; einer Kontrolle anhand des Fristenkalenders bedurfte es insoweit nicht mehr. Die hier vom Rechtsanwalt angeordneten Vorsichtsmaßnahmen bezogen sich auf die Möglichkeit, daß er die für den nächsten Tag vorgesehene Abgabe des von ihm mitgenommenen Schriftsatzes vergessen würde.
2. Die Beklagte hat vorgetragen und glaubhaft gemacht, daß ihr Prozeßbevollmächtigter am 16. 9. 1988 gegen 15.45 Uhr in seine Praxis zurückgekehrt sei und die Berufungsbegründung noch rechtzeitig nach München hätte gebracht werden können, wenn er weisungsgemäß auf die Abgabe des Schriftsatzes angesprochen worden wäre. Nur dieser Fall ist hier zu beurteilen und es bedarf keines Eingehens darauf, wie zu entscheiden wäre, wenn der Prozeßbevollmächtigte der Beklagten entgegen seiner Planung erst zurückgekommen wäre, nach-

dem die Angestellten die Kanzlei schon verlassen hatten. Es kann auch dahingestellt bleiben, ob eine allgemeine Anweisung an den Fristenbuchführer, den Rechtsanwalt nach der Abgabe des Schriftsatzes zu fragen, eine geeignete Vorkehrung im Sinn der Entscheidung vom 2.12.1986 (aaO) wäre; der erkennende Senat sieht sie jedenfalls in der konkreten Anweisung an Frl. F., wie noch auszuführen sein wird.

Etwas anderes könnte dann gelten, wenn – wie vom Berufungsgericht angenommen – eine große Gefahr bestünde, daß die Rückfrage unterblieb, weil die Anwaltsgehilfin **durch mehrere Aufgaben abgelenkt war oder sich scheute, ihrem Arbeitgeber Mißtrauen an seiner Zuverlässigkeit zu signalisieren**. Eine besondere Gefahr dieser Art hält der erkennende Senat nicht für gegeben. Daß auch der Rechtsanwalt als Arbeitgeber der Kanzleiangestellten in die Fristenkontrolle einbezogen wird, versteht sich zumal für eine ausgebildete Anwaltsgehilfin wie Frl. F. Sie hat allerdings in ihrer eidesstattlichen Versicherung angegeben, daß sie am 16.9.1988, einem Freitag, **sehr in Eile gewesen sei, weil sie die Kanzlei pünktlich um 16.00 Uhr habe verlassen wollen**, und deshalb die Anweisung vom Vortag vergessen habe.

Diese Unaufmerksamkeit einer seit einem halben Jahr bei dem Prozeßbevollmächtigten der Beklagten beschäftigten und – wie glaubhaft gemacht – bis dahin zuverlässig und sorgfältig arbeitenden Anwaltsgehilfin hält sich in dem Bereich, der als Büroversehen keinen Rückschluß auf einen vom Rechtsanwalt verschuldeten Organisationsmangel nahegelegt und durch keine zumutbaren Vorkehrungen sicher ausgeschlossen werden kann. Im übrigen hat die Beklagte vorgetragen und glaubhaft gemacht, daß Frl. F. die Anweisung speziell als der Kanzleikraft erteilt worden ist, die die Berufungsbegründung geschrieben hat; bei Erteilung der Anweisung sei Frau K. als Fristenbuchführerin nicht zugegen gewesen, so daß auch **nicht die Gefahr bestanden habe, eine Kanzleiangestellte werde sich auf die andere verlassen**. An der Verbindlichkeit der **relativ einfachen Weisung** zu zweifeln, gibt der Sachverhalt keinen Anlaß.

Es ist anerkannt, daß auch eine nur **mündlich erteilte Anweisung genügt**, wenn nicht nach den besonderen Gegebenheiten des konkreten Falls die Befürchtung naheliegt, das Büropersonal werde einer lediglich in dieser Form erteilten Weisung nicht nachkommen (vgl. BGH Beschl. v. 6.10.1987 – VI ZR 43/87, VersR 1988, 185, 186 unter 2b). Gründe für eine derartige Befürchtung sind hier nicht ersichtlich.

Haftung des Rechtsanwalts

- Einhaltung des sicheren Weges
 - Drei-Wochen-Frist des § 4, S. 1 Kündigungsschutzgesetz
 - zwei Kündigungserklärungen
- (OLG Karlsruhe Urt. v. 25.1.1989 – 1 U 195/88)

Leisätze:

1. Zu den Sorgfaltspflichten eines Rechtsanwalts zählt u. a., daß er die Einhaltung von Fristen zugunsten seines Mandanten streng beachtet. Erscheint es ihm zweifelhaft, ob Fristen einzuhalten sind oder nicht, etwa weil eine dazu bestehende Rechtsfrage höchststrichterlich noch nicht entschieden ist, so stellt es ein haftungsbegründendes Unterlassen dar, wenn er den riskanteren Weg beschreitet und deshalb sein Mandant danach in eine ungünstige Prozeßlage gerät, die zu wirtschaftlichen Nachteilen beim Abschluß eines Vergleiches führt.
2. Gerade auch bei der Vertretung eines Mandanten in einem Arbeitsgerichtsverfahren muß der Rechtsanwalt den möglichen Verlust von Rechten des Arbeitnehmers durch Versäumung von Fristen berücksichtigen und präventiv tätig werden.

Aus den Gründen:

Der Beklagte haftet wegen positiver Verletzung des zwischen den Parteien abgeschlossenen Anwaltsvertrages, wonach der Beklagte die Interessen des Klägers bei dessen Rechtsstreit vor dem Arbeitsgericht Mannheim im Anschluß an die Tätigkeit von Rechtsanwalt Dr. F. wahrzunehmen hatte.

1. Ein Rechtsanwalt ist kraft des Anwaltsvertrages verpflichtet, **die Interessen seiner Auftraggeber nach jeder Richtung und umfassend wahrzunehmen**. Der Anwalt, der die Beratung einer Partei in einem Zivil- oder Arbeitsgerichtsprozeß übernimmt, ist zum Schadenersatz verpflichtet, wenn er durch sein Verschulden bewirkt, daß die Partei einen Prozeß verliert, den sie bei sachgemäßer Vertretung gewonnen hätte. Er muß sie über die Gesichtspunkte und Umstände, die für ihr ferneres Verhalten in der Angelegenheit entscheidend sein können, eingehend und erschöpfend belehren. Dabei muß der Rechtsanwalt sein Verhalten so einrichten, daß er Schädigungen seines Auftraggebers, mag deren Möglichkeit auch nur von einem Rechtskundigen vorausgesehen werden können, vermeidet. Er ist verpflichtet, den „sichersten“ Weg zu

gehen, um das von seinem Mandanten erstrebte Ziel zu erreichen. **Will er einen weniger sicheren Weg gehen, dann muß er zumindest seinen Auftraggeber zuvor über die insoweit bestehenden Gefahren belehren und sein weiteres Verhalten von dessen Entscheidung abhängig machen** (BGH WM 1986, 199, 202 m.w.N.). Zu den Sorgfaltspflichten eines Rechtsanwalts zählt u. a., daß er die Einhaltung von Fristen zugunsten seines Mandanten streng beachtet. Erscheint es ihm zweifelhaft, ob Fristen einzuhalten sind oder nicht, etwa weil eine dazu bestehende Rechtsfrage höchststrichterlich noch nicht entschieden ist, so stellt es ein haftungsbegründendes schuldhaftes Unterlassen dar, wenn er den riskanteren Weg beschreitet und deshalb sein Mandant danach in eine ungünstige Prozeßlage gerät, die zu wirtschaftlichen Nachteilen beim Abschluß eines Vergleiches führt (vgl. zur Pflicht, unnötige, vermeidbare Risiken durch Wahl des sicheren Weges auszuschließen, auch Rinsche, Die Haftung des Rechtsanwalts und des Notars, 2. Aufl. Rdn. I 60 ff; Borgmann/Haug, Anwaltshaftung, 2. Aufl. § 21; Odersky, NJW 1989, 1, 31). Gerade auch bei der Vertretung eines Mandanten in einem Arbeitsgerichtsverfahren muß der Rechtsanwalt den möglichen Verlust von Rechten des Arbeitnehmers durch Versäumung von Fristen berücksichtigen und präventiv tätig werden (vgl. dazu auch BGH NJW 1983, 1665).

2. Gegen diese Pflichten hat der Beklagte – wie das Landgericht zutreffend erkannt hat – schuldhaft verstoßen, indem **er es unterließ, fristgerecht gegenüber der zweiten Kündigung der Firma ST vom 16. 7. 1987 Kündigungsschutzklage zu erheben**. Jedenfalls zum damaligen Zeitpunkt war es herrschende Meinung in Rechtsprechung und Schrifttum, daß eine erneute außerordentliche Kündigung nach Ausspruch der ersten Kündigung und Erhebung der ersten Kündigungsschutzklage innerhalb der Drei-Wochen-Frist des § 4 Satz 1 KSchG angegriffen werden muß. Andernfalls gilt die Kündigung, wenn sie nicht aus einem anderen Grunde rechtsunwirksam ist, gemäß § 7 KSchG als von Anfang an rechtswirksam. Der Beklagte hat namens des Klägers der Kündigung vom 16. 7. 1987 zwar außerprozessual widersprochen, er hat es jedoch versäumt, fristgerecht durch Erweiterung seiner ursprünglichen Kündigungsschutzklage auch die zweite Kündigung anzugreifen. Unstreitig geschah dies erst mit Schriftsatz vom 10. 9. 1987 und damit verspätet. Da die Frist des § 4 KSchG eine Ausschußfrist und keine Verjährungsfrist ist, mußte das Arbeitsgericht sie von sich aus berücksichtigen. Die Frist könnte auch nicht durch Parteivereinbarung verlängert werden. Die Vergleichsverhandlungen, die der Beklagte nach Eingang der zweiten Kündigung führte, hatten weder Unter-

brechungs- noch Hemmungswirkung. Im übrigen ist auch nicht ersichtlich, daß die Vergleichsbemühungen durch eine lediglich zur Fristwahrung erfolgte Klageerweiterung erschwert worden wären.

3. Der Beklagte hat in seiner Berufungsbegründung eingeräumt, daß er das Unterlassen einer rechtzeitigen Klageeinreichung bzw. -erweiterung selbst als Pflichtverstoß erachtete. Auch die – im Verlauf des Berufungsverfahrens – vorgelegte Entscheidung des Bundesarbeitsgerichts v. 21.1.1988 (2 AZR 581/86), die in einer anderen Sache ergangen ist, ändert nichts daran, daß der Beklagte im Juli/August 1987 durch Unterlassen einer fristgerechten Klage schuldhaft einen Pflichtverstoß beging.

- a) Dies gilt bereits in zeitlicher Hinsicht. **Das Bundesarbeitsgericht hatte in einer Entscheidung v. 6. 9. 1979 und der Zeit danach Bedenken, ob ein Arbeitnehmer sich im Rahmen einer Feststellungsklage auch auf die Unwirksamkeit weiterer Kündigungen berufen kann.** Erstmals in der Entscheidung v. 21.1.1988 gab der Senat des Bundesarbeitsgerichts bekannt, daß er diese Bedenken nicht weiter aufrecht erhalte und entschied, daß unabhängig davon, zu welchem Zeitpunkt der Arbeitnehmer sie in den Prozeß eingeführt habe, er sich auf die Unwirksamkeit weiterer Kündigungen berufen dürfe.

Daß ihm schon im Juli/August 1987 die später vom Bundesarbeitsgericht erstmals bekannt gegebene Auffassung über die Entbehrlichkeit einer Klage gegen eine zweite Kündigung unter ganz bestimmten Umständen bekannt gewesen und er deshalb auf eine fristgerechte Einreichung der zweiten Klage verzichtet habe, behauptet der Beklagte selbst nicht. Aber auch wenn dies der Fall gewesen wäre, so hätte er diese Auffassung gegenüber dem Arbeitsgericht zum Ausdruck bringen müssen. Dies hat er ebensowenig getan wie eine dann auch erforderliche Aufklärung des Klägers über das Risiko, sich dieser Ansicht anzuschließen und auf den sicheren Weg einer fristgerechten zweiten Klage – bzw. einer fristgerechten Klageerweiterung – zu verzichten.

- b) Unabhängig von der zeitlichen Frage betrifft das Urteil des Bundesarbeitsgerichts v. 21.1.1988 aber auch inhaltlich nicht den vorliegenden Fall. Während **das Bundesarbeitsgericht seine Entscheidung nur für den Fall traf, daß eine allgemeine Feststellungsklage gemäß § 256 ZPO über das Weiterbestehen des Arbeitsverhältnisses erhoben war**, war Streitgegenstand des Arbeitsrechtsstreits im vorliegenden Fall eine spezielle Kündigungsschutzklage gemäß § 4 KSchG, mit der allein die erste fristlose Kündigung angegriffen

und die Weiterbeschäftigung des Klägers verlangt wurde. Dies ergibt die Antragsformulierung ebenso eindeutig wie ihre Begründung. Wäre eine allgemeine Feststellungsklage gewollt gewesen, hätte dies während des Verfahrens in irgend einer Form zum Ausdruck gebracht werden müssen. Davon, daß die zweite Kündigung zum Gegenstand einer eigenen Klage gemacht werden mußte, ging der Beklagte auch selbst aus, wie sein – freilich verspätet eingereichter – Klageerweiterungsschriftsatz v. 10. 9. 1987 dokumentiert. Aus der Kündigungsschutzklage wurde auch nicht dadurch eine allgemeine Feststellungsklage, daß die damalige beklagte Firma ST während des Rechtsstreits auf die zweite Kündigung hingewiesen hatte. Etwas anderes ergibt sich auch nicht daraus, daß das Arbeitsgericht die zweite Kündigung im Kammertermin v. 15. 9. 1987 zur Sprache brachte. Denn zu diesem Zeitpunkt hatte der Beklagte seine Klageerweiterungsschrift, in der er bezeichnenderweise auch selbst Wiedereinsetzung in den vorherigen Stand wegen Versäumung der Frist für die Kündigungsschutzklage beantragte, überreicht. Ferner hatte der Vertreter der damaligen Beklagten mit Schriftsatz v. 8. 9. 1987 bereits die Nichteinhaltung der Drei-Wochen-Frist hinsichtlich der zweiten fristlosen Kündigung gerügt.

Steuerberaterhaftung

- Prozeßauftrag
 - ordnungsgemäße Unterschrift
- (BFH Urt. v. 26. 7. 1988 – X R 45/87 – BFH NV 1989, 238)

Leitsatz:

Die nach § 120 Abs. 1 Satz 1 FGO erforderliche Schriftform ist nur gewahrt, wenn die Revisionsschrift (oder eine Anlage hierzu) mit einem Schriftzug unterzeichnet ist, der sich nach seinem Gesamtbild als Unterschrift, nicht als Paraphe, darstellt.

Aus den Gründen:

Die Revision muß – wie auch aus der Rechtsmittelbelehrung des angefochtenen Urteils ersichtlich – gemäß § 120 Abs. 1 Satz 1 FGO innerhalb der dort genannten Fristen schriftlich eingelegt und begründet werden. **Schriftform erfordert** nach ständiger Rechtsprechung des BFH und der anderen obersten Bundesgerichte grundsätzlich – von den Ausnahmen der Übermittlung durch Telegramm und Telekopie abgesehen – eigenhändige (handschriftliche) Unterzeichnung der in Frage stehenden

Schriftstücke oder zumindest von Anlagen hierzu (vgl. z. B. BFH-Entscheidungen v. 5.11.1973 GrS 2/72, BFHE 111, 278, BStBl II 1974, 242; v. 3.10.1986 III R 207/81, BFHE 148, 205, BStBl II 1987, 131, und v. 21.10.1986 VII R 10/83, BFH/NV 1987, 540; weitere Nachweise bei Gräber, Finanzgerichtsordnung, 2. Aufl., 1987, § 64 Rz. 19). Das setzt zwar nicht unbedingt Lesbarkeit der Unterschrift voraus, zumindest aber einen die Identität des Unterscheidenden ausreichend kennzeichnenden individuellen Schriftzug, der charakteristische Merkmale aufweist und sich nach dem Gesamtbild als Unterschrift eines Namens darstellt. Dazu gehört, daß wenigstens einzelne Buchstaben zu erkennen sind und ein Dritter, der den Namen des Unterzeichnenden kennt, diesen Namen noch herauslesen kann (BFH Beschl. v. 25.3.1983 III R 64/82, BFHE 138, 151, BStBl II 1983, 479; Gräber, a.a.O., Rz. 20).

Diese Voraussetzungen sind hier nicht erfüllt: Als Buchstabe erkennbar ist allenfalls ein (eher einem großen griechischen Delta gleichendes) „D“. Alles andere sind nicht identifizierbare Striche und Linien. Nach dem Gesamteindruck handelt es sich um die Abkürzung eines Namens, eine „Paraphe“, die den zuvor genannten Anforderungen nicht genügt (BFH Beschl. v. 14.1.1972 III R 88/70, BFHE 104, 497, BStBl II 1972, 427; Entscheidungen des Bundesgerichtshofs v. 29.10.1986 IVa ZR 13/85, Versicherungsrecht 1987, 386 und v. 27.10.1987 VI ZR 268/86, NJW 1988, 713; Gräber, a.a.O., Rz. 23).

Investitionszulageantrag / Nichtzulassungsbeschwerde

- Höhe der Investitionssumme
- Teilherstellungskosten

(BFH Urt. v. 17.3.1989 – III B 136/87)

Leitsätze:

1. Die Gewährung einer Investitionszulage gemäß § 4 b InvZulG 1982 kann in der Regel nicht wirksam bereits für Teilherstellungskosten beantragt werden, die in einem im Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht beendeten Wirtschaftsjahr anfallen.
2. Eine Nichtzulassungsbeschwerde kann trotz Abweichung der Entscheidung des FG von der Rechtsprechung des BFH keinen Erfolg haben, wenn das FG zu der abweichend entschiedenen Frage nur kommt, weil es eine sich logisch stellende Vorfrage falsch entschieden hat.

Aus den Gründen:

Die Klägerin und Beschwerdeführerin (Klägerin) stellte mit Datum v. **16. 9. 1983** auf ordnungsgemäßem Vordruck einen **Antrag auf Gewährung von Investitionszulage für 1982**. Auf Bl. 5 des Antrags gab die Klägerin auch die Erweiterung ihres Werksgebäudes wie folgt an: Unter Spalte 3 (Investitionsbeginn) „16. 2. 1982“, unter Spalte 4 (Tag der Anschaffung, Herstellung oder Anzahlung) „Bauantrag“ und unter Spalte 5 (genaue Bezeichnung des Wirtschaftsgutes) „beauftragt in 1982/Fertigstellung bis 31.12.1984/Erweiterung Werksgebäude“. Mit Schreiben v. 12.10.1983 führte die Klägerin „als Nachtrag zum Antrag v. 16. 9. 1983“ noch drei weitere Wirtschaftsgüter auf, die die Gesamtinvestitionssumme des Antrags erhöhen sollten.

Mit Schreiben v. **21. 10. 1985** reichte die Klägerin dann bei dem Beklagten und Beschwerdegegner (Finanzamt – FA –) einen „Antrag auf Gewährung einer **Investitionszulage für das Jahr 1984**, gemäß Antrag für 1982 v. 16. 9. 1983 sowie unserem ergänzenden Schreiben v. 12. 10. 1983“, ein. Sie machte mit diesem „Antrag“ die Kosten für die Erweiterung des Werksgebäudes geltend.

Das FA lehnte den Antrag wegen Überschreitens der neunmonatigen Antragsfrist ab. Der Einspruch der Klägerin blieb erfolglos.

Das Finanzgericht (FG) wies die Klage ab, weil in dem „Antrag“ v. 16. 9. 1983 ein Hinweis auf die Höhe der Kosten des Investitionsvorhabens fehle. Die Revision ließ das FG nicht zu.

Hiergegen wendet sich die Klägerin mit der Nichtzulassungsbeschwerde. Sie begründet die Nichtzulassungsbeschwerde mit einer Abweichung der Entscheidung des FG von den Urteilen des Bundesfinanzhofs (BFH) v. 30. 3. 1979 III R 104/75 (BFHE 127, 482, BStBl II 1979, 448) und vom 10. 4. 1987 III R 104/82 (BFH/NV 1987, 601). In diesen Entscheidungen habe der BFH im Gegensatz zu dem vom FG aufgestellten Erfordernis die Angabe der Höhe der Investitionssumme als nicht notwendig für die Wirksamkeit des Antrags angesehen.

Die Klägerin beantragt, die Revision zuzulassen.

Das FA hat von einer Stellungnahme zu der Beschwerde abgesehen.

Die Nichtzulassungsbeschwerde ist unbegründet.

1. Die Auffassung des FG, zu einem wirksamen Investitionszulageantrag sei die Angabe der Höhe der Kosten des Investitionsvorhabens erforderlich, widerspricht allerdings der Rechtsprechung des erkennenden Senats. Das FG beruft sich für seine Auffassung auf das Urteil des

Senats v. 16. 7. 1976 III R 158/73 (BFHE 119, 543, BStBl II 1976, 757). Die Klägerin weist zu Recht darauf hin, daß diese Entscheidung durch das Urteil in BFHE 127, 482, BStBl II 1979, 448 überholt ist. **Danach ist die Angabe der Höhe der Investitionssumme für die Wirksamkeit des Antrags nicht erforderlich.** Demgemäß fordert auch § 5 Abs. 3 Satz 3 des Investitionszulagengesetzes (InvZulG) in den ab 1979 geltenden Fassungen nicht die Angabe der Höhe der Investitionskosten. Die Wirksamkeit des Antrags der Klägerin v. 16. 9. 1983 für die Investitionen im Zusammenhang mit der Erweiterung des Werkgebäudes scheitert daher entgegen der Auffassung des FG nicht an den fehlenden Angaben über die Höhe der Investitionskosten.

2. Trotzdem kann die Nichtzulassungsbeschwerde keinen Erfolg haben, da der Antrag v. 16. 9. 1983 aus anderen Gründen kein wirksamer Antrag auf die von der Klägerin geforderte Investitionszulage ist. Der erkennende Senat hat zwar entschieden, daß der Zulageantrag bereits vor Ablauf des Kalenderjahres gestellt werden kann, für das Investitionszulage begehrt wird (Urt. v. 23. 7. 1976 III R 122/75, BFHE 119, 553, BStBl II 1976, 759). Er hat darüber hinaus in seinem Urteil v. 25. 2. 1977 III R 90/76 (BFHE 122, 207, BStBl II 1977, 782) die Auffassung vertreten, daß der Investor den Zulageantrag für ein geschlossenes, sich über mehrere Jahre erstreckendes Investitionsvorhaben insgesamt stellen kann. Diese beiden Entscheidungen sind aber zu der Regionalzulage nach dem InvZulG 1969 ergangen. Die zweite Entscheidung ist nur aus den Besonderheiten der Rechtslage nach dem InvZulG 1969 begründet. Diese Besonderheiten lagen darin, daß nach § 1 dieses Gesetzes für die Gewährung der Regionalzulage das Investitionsvorhaben als solches und nicht das einzelne Wirtschaftsgut maßgebend war. Mit Urteil v. 17. 2. 1989 III R 44/88 (zur Veröffentlichung bestimmt) hat der erkennende Senat klargestellt, daß die Rechtslage für die Regionalzulage nach den ab 1979 geltenden Neufassungen des InvZulG eine andere ist.

Ähnlich wie für die Regionalzulage ab 1979 hat der erkennende Senat bereits mit unveröffentlichtem Urteil v. 18. 7. 1984 III R 41/84 entschieden, **daß bei der Investitionszulage gemäß § 4 b InvZulG 1975 anders als nach § 1 InvZulG 1969 ebenfalls nicht die Gesamtinvestition (Investitionsvorhaben) begünstigt ist, sondern die Anschaffung oder Herstellung bestimmter Wirtschaftsgüter** des Anlagevermögens und die Herstellung von abnutzbaren unbeweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens. Objekt der Förderung nach § 4 b InvZulG 1975 ist demnach das einzelne Wirtschaftsgut. Das gleiche muß für § 4 b InvZulG 1982 gelten.

Da Objekt der Förderung das einzelne Wirtschaftsgut (oder der Ausbau oder die Erweiterung) ist, muß das Wirtschaftsgut im Antrag auf Gewährung der Investitionszulage so bezeichnet werden, daß seine Feststellung bei einer Nachprüfung möglich ist (§ 5 Abs. 3 Satz 4 in den ab 1979 geltenden Neufassungen des InvZulG). Bei der Nachprüfung muß also das für den Antrag maßgebliche Wirtschaftsgut feststellbar sein, in das die Investitionen, für die die Zulage beantragt wird, erfolgt sind. Investitionen in diesem Sinne sind bei der Beantragung einer Investitionszulage für **Teilerstellungskosten** diejenigen Herstellungskosten, die in dem im Zeitpunkt der -- rechtzeitigen -- Antragstellung bereits beendeten Wirtschaftsjahr durchgeführt worden sind und für welche die konkret bezifferte Zulage begehrt und gewährt wird. Auf diese Investitionsvorgänge und nicht auf Investitionsvorgänge eines späteren Wirtschaftsjahres bezieht sich das Erfordernis der Nachprüfungsmöglichkeit. Die Gewährung einer Investitionszulage gemäß **§ 4b InvZulG 1982** kann demgemäß in der Regel **nicht wirksam bereits für Teilerstellungskosten beantragt werden, die in einem im Zeitpunkt der Antragstellung noch nicht beendeten Wirtschaftsjahr anfallen** (ebenso das genannte Urteil des erkennenden Senats v. 18. 7. 1984 III R 41/84). Anders kann dies nur sein, wenn das nach § 4b InvZulG 1982 begünstigte Wirtschaftsgut im Zeitpunkt der vorzeitigen Antragstellung bereits fertiggestellt war. Insoweit behält das Urteil in BFHE 119, 553, BStBl II 1976, 759 auch für die Fälle des § 4b InvZulG 1982 seinen Sinn. Die Klägerin konnte jedenfalls für das erste im Jahre 1984 fertiggestellte Bauvorhaben am 16. 9. 1983 noch keine Investitionszulage für die Jahre ab 1983 beantragen.

3. Diese Erwägungen über die Unwirksamkeit des Antrags der Klägerin v. 16. 9. 1983 für die Jahre ab 1983 führen zur Zurückweisung der Nichtzulassungsbeschwerde als unbegründet, obwohl das FG die Unwirksamkeit des Antrags aus anderen Gründen angenommen hat und insoweit eine Divergenz von einer BFH-Entscheidung vorliegt. Das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) hat entschieden, **daß eine Nichtzulassungsbeschwerde auch dann nicht zur Zulassung einer Revision wegen Divergenz führen könne, wenn die Klage trotz Abweichung des angegriffenen Urteils von der Rechtsprechung des BVerwG aus anderen Gründen abgewiesen werden müsse** (Beschl. v. 13. 6. 1977 IV B 13.77, BVerwG 54, 99).

Im Schrifttum zur Finanzgerichtsordnung (FGO) sind gegen diese Auffassung allerdings **Bedenken** erhoben worden, weil die Erfolgsaussichten der späteren Revision im Zulassungsverfahren ohne Bedeutung seien (Klein/Ruban, Der Zugang zum Bundesfinanzhof, Tz. 75 unter

Hinweis auf BFH Beschl. v. 21. 5. 1968 II B 7/68, BFHE 92, 110; vgl. auch Tipke/Kruse, Abgabenordnung-Finanzgerichtsordnung, § 115 FGO Tz. 101). Der BFH hat bisher nur (in ganz anders gelagerten Fällen) entschieden, daß eine auf grundsätzliche Bedeutung der Rechtssache oder auf Divergenz gestützte Nichtzulassungsbeschwerde dann unbegründet ist, wenn keine Klärung der grundsätzlichen Rechtsfrage oder der Divergenzfrage von der Revision zu erwarten ist (vgl. zuletzt Beschl. v. 24. 8. 1988 I B 108/86, BFHE 154, 486, BStBl II 1989, 104). Der Senat kann offenlassen, ob er der Auffassung des BVerwG zur Prüfung der Erfolgsaussichten der Revision im Verfahren über die Nichtzulassungsbeschwerde allgemein folgen kann.

Denn der Streitfall weist Besonderheiten auf, die jedenfalls eine Zurückweisung der Nichtzulassungsbeschwerde wegen Aussichtslosigkeit der Revision rechtfertigen. Im Streitfall geht es nämlich nicht um eine umfassende Überprüfung der Erfolgsaussichten der Revision im Rahmen des Nichtzulassungsbeschwerdeverfahrens. Die Frage nach der ausreichenden Bestimmtheit des Antrags vom 16. 9. 1983 für die Jahre ab 1983, in der das FG von der Rechtsprechung des BFH abweicht, stellt sich logisch erst, wenn überhaupt in 1983 schon ein Antrag auf Investitionszulage nach § 4b InvZulG 1982 für die Jahre ab 1983 gestellt werden konnte. Demgemäß hat das FG diese vorrangige Frage auch zunächst geprüft und bejaht. Da diese Auffassung des FG nach den obigen Ausführungen unter 2. aber unzutreffend ist, stellt sich somit das erst nachrangige Problem der ausreichenden Bestimmtheit des Antrags nicht. Die von der Rechtsprechung des BFH abweichende Auffassung des FG zur ausreichenden Bestimmtheit des Antrags ist also nicht entscheidungserheblich. Es kann daher auch keine Klärung durch den BFH erwartet werden.

GI Hinweis

Fristgerechtes Arbeiten gehört zur ordnungsgemäßen Berufsausübung des Steuerberaters. Mit zunehmender Arbeitsbelastung wird die Einhaltung von Fristen zu einem Problem. Will sich der Steuerberater vor der Schadenersatzpflicht wegen Fristversäumnissen schützen, muß er ein **Fristenkontrollbuch** führen. Nur dann hat er auch die Möglichkeit der Heilung von Fristversäumnissen durch eine Wiedereinsetzung (BFH BStBl 1989 II, 266; BFH BFH NV 1988, 33 = GI 1989, 166).

Der Durchführung der Fristenkontrolle und deren büromäßiger Organisation dient die Neuerscheinung von **Streck, Fristenbuch für steuerberatende Berufe 1990** (Stollfuß Verlag, 384 Seiten, DIN A4, Subskriptionspreis bis 31. 10. 1989, DM 68,-, danach DM 78,-).

Streck hat in dem Fristenbuch seine langjährigen „Steuerstreit-Erfahrungen“ einfließen lassen. Es zeichnet sich neben dem übersichtlichen Kalendarium durch instruktive Hinweise zur Büroorganisation, zur Fristberechnung, zur Fristkontrolle und zum Wiedereinsetzungsantrag aus. Die aus der Sicht des unter Fristendruck stehenden Beraters gegebenen Hinweise helfen, Fristen einzuhalten und evtl. Säumnisse zu heilen. Haftpflichtansprüche wegen versäumter Fristen dürfte es bei konsequenter Nutzung des Buches von Streck eigentlich nicht mehr geben.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–10, 1989)

Abfindungsvergleich			
– Anwaltskosten	89, 2		
Allgemeine Auftragsbedingungen d. Wp			
– Ausschlussfrist, § 9 Abs. 3 Nr. 1	89, 94		
Allgemeine Versicherungsbedingungen			
– wissentliche Pflichtverletzung	89, 156		
Anderkonto			
– des Notars	89, 50 (LS)		
– Verrechnung mit Gebührenforderung	89, 72 (LS)		
Anlageberatung			
– Immobilienkauf 1980	89, 73		
– Liquiditätsbelastung	89, 73		
– Pflicht zur –	89, 73		
– Prognosen	89, 36 (LS)		
– Risiken			
= projizierte Steuervorteile	89, 36 (LS)		
– Risikobeurteilung d. Anlegers	89, 50 (LS)		
– Schaden	89, 36, 73		
Auskunftsvertrag			
– stillschweigender Abschluß	89, 42		
– Verjährung	89, 89		
– Werkvertrag	89, 89		
Bekanntgabe d. Steuerbescheides			
– an Mandanten oder StB	89, 22		
Belehrungspflicht d. StB/Wp/RA			
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit	89, 12		
= eigene Sachkunde, Zahnarzt			
= eigene Sachkunde, Geschäftsmann	89, 25		
= Nachbearbeitungsauftrag an Kollegen	89, 125, 130		
Berichtigung (§ 173 I, 2 AO)			
– grobes Verschulden			
= Überprüfung der Arbeitsergebnisse d. Mitarbeiters	88, 22		
Beschlagnahmeverbot, § 97 StPO			
– Buchhaltungsunterlagen	89, 2, 36		
Beweislast, s. auch Darlegungslast			
– Belehrungspflicht	89, 28		
– Buchungsfehler	89, 30		
Bilanzerstellung			
– Dritthaftung	89, 95		
– Grundstücksbewertung, Information d. Mandanten	89, 2		
– Testat	89, 95		
Buchhaltungsauftrag			
– Löschung von Buchhaltungsdaten	89, 36 (LS)		
Darlegungslast f. Regreßanspruch, s. auch Beweislast			
– Buchungsfehler	89, 30		
DATEV-Daten			
– Übertragung auf Kollegen	89, 39		
– Vernichtung von –	89, 39		
Dritthaftung			
– Anwaltsvertrag	89, 3		
– Bilanzerstellung	89, 95		
– Sachwalterhaftung	89, 3		
– aus Testat	89, 95		
Erfolgshonorar	89, 145		
Freie Mitarbeiter			
– Abgrenzung Arbeitnehmer	89, 72		
Fristenkontrolle			
– Ausgangskontrolle, Fristenkontrollbuch	89, 94		
– Arbeitsgerichtsverfahren	89, 172		
– Briefumschlag, Zustellungsdatum	89, 166		
– Form d. Fristnotierung	89, 167		
– Fristenkontrollbuch	89, 166		
– Fristversäumnis, unverschuldete			89, 166
= Anweisung an Bürokräft			89, 169
= mündl. Anweisung			89, 166
= bei Beförderung der Post durch Hilfskräfte			89, 169
– Nichtabgabe eines Schriftsatzes			89, 169
Honoraranspruch			
– bei Anschlußkonkurs	89, 33		
– Beweislast f. Gebührenrahmen	89, 34		
– Datenübertragung, § 32 StBGebV	89, 41		
– Erfolgshonorar	89, 145		
– Gebührenrahmen	89, 116		
= neue Umsatzsteuererklärung			
– Gegenstandswert			
= Anerkennungsverfahren f. StB-Gesellschaft	89, 34		
– Honorarvorschuß, Rückzahlung	89, 34		
– ordnungsgemäße Honorarrechnung, Unterschrift	89, 34		
– Sachverständigengutachten	89, 109		
– des Wirtschaftsprüfers	89, 111		
= Anwendung der StBGebV	89, 111		
Investitionszulage			
– für Teilerstellungskosten	89, 176		
Kausalität			
– wirtschaftliche Vorteile bei steuerlichen Nachteilen	89, 100		
Klageschrift			
– ordnungsgem. Unterschrift	89, 175		
Konkursverwalter, Haftung des			
– Betriebsfortführung	89, 133		
– Unterrichtung über wirtschaftl. Lage	89, 133		
– Verteilungsverfahren bei Masseschuld, neue Rechtsprechung	89, 133		
Kosten d. FG-Prozesses			
– Kostenpflicht d. StB.	89, 87		
Kündigung des Mandats			
– aus wichtigem Grund	89, 109		
Lohnsteuerhilfeverein			
– Beratungsstellenleiter, Steuerfachgehilfe	89, 122		
= Halbtagsstätigkeit, § 23 Abs. 3 StBerG			
Mandantengelder			
– Anderkonto des Notars	89, 50		
– Verrechnung mit Gebührenforderung	89, 72		
Mitverschulden			
– Risiken bei Kapitalbeteiligung	89, 50, 73 (LS)		
– überlegene Sachkunde d. StB.	89, 73		
Nachbesserung			
– Kosten der –, § 633 Abs. 3 BGB	89, 116		
Notar			
– Anderkonto	89, 50 (LS)		
– Belehrungspflicht			
= über Versteuerung eines Spekulationsgewinns	89, 94		
– Darlehensauszahlung ohne erstrangige Grundschuld	89, 50 (LS)		
– Eigenverantwortlichkeit	89, 94		
– Erteilung einer vollstreckbaren Ausfertigung	89, 102		
= Prüfung materieller Fragen	89, 102		
– Hinzuziehung von Mitarbeitern	89, 94		
Praxiswert			
– Abschreibung eines erworbenen –	89, 109		
– 10jährige Umsatzbeteiligung, Bewertungsrecht	89, 122		
Prospekthaftung			
– d. Treuhänders	89, 62		
– Verjährungsbeginn	89, 2		
Provisionsgeschäfte			
– Versicherungsschutz	89, 156		
Rechtsanwalt			
– Fristenkontrolle, Arbeitsgerichtsverfahren	89, 172		

Rechtsbeistand		
- Konkurs des -	89, 122	
- Sozietät mit Anwaltsnotar	89, 72	
- Zuverlässigkeit	89, 144	
Rechtsberatung/Rechtsbesorgung		
- Geschäftsmäßigkeit	89, 144	
- Kreditberatung	89, 144	
- Pflicht zur Hinzuziehung eines RA	89, 154	
- Sanierungsverhandlungen	89, 144	
- durch Steuerberater	89, 144, 145, 154	
- durch Wirtschaftsprüfer	89, 145	
= Abfassung d. Kaufvertrages	89, 145	
= Verkaufsverhandlungen	89, 145	
Sachwalterhaftung	89, 3	
Sachverständiger		
- Abweichung von Sachverständigengutachten	89, 109	
Schaden		
- Anlageberatung	89, 36	
	(LS)	
- Anwaltskosten b. Abfindungsvergleich	89, 2	
- bei Familienunternehmen	89, 100	
- Geldbuße/-strafe	89, 17	
- erstrangige Grundschild	89, 50	
	(LS)	
- bei verbundenen Unternehmen	89, 100	
- unrechtmäßiger Vermögensvorteil	89, 79	
Sozietät		
- Anwaltsnotar u. Rechtsbeistand	89, 72	
- Außenprüfung d. unzuständiges FA	89, 108	
- Gewinnfeststellungsbescheid an einen Sozium	89, 108	
- Gewinnfeststellungserklärung	89, 108	
Steuerberatungsgesetz		
- § 23 Abs. 3	89, 122	
= Halbtagsstätigkeit		
- § 57		
= Wirtschaftsberatung,		
Anlagenempfehlung	89, 6	
Steuerberatungsvertrag		
- Auflösung des -		
= fristlose Kündigung	89, 109	
- Inhalt des -	89, 73	
- Löschung von Buchhaltungsdaten	89, 39	
- Mängelbeseitigung	89, 116	
- Pflicht zur allgemeinen Rechtsberatung?	89, 25	
Steuergestaltungsberatung		
- wegen Änderung der Steuerrichtlinien	89, 23	
- Beratung zu gesetzeswidriger Praxis	89, 23	
- Einbringung einer Einzelfirma in eine GmbH	89, 99	
- unentgeltliches Wohnrecht	89, 23	
Steuerverkürzung, § 378 AO		
- durch Steuerberater	89, 46	
Treuhänder		
- Anderkonto des Notars	89, 50	
	(LS)	
- Bauherrengemeinschaft, zustande gekommene	89, 50	
	(LS)	
- Belehrung über steuerl. Risiken	89, 50	
	(LS)	
= Wissensvorsprung d. TH	89, 50	
	(LS)	
- Honoraranspruch d. -	89, 62	
= bei Minderwohnfläche	89, 64, 90	
- Planungsänderung	89, 62	
- Prospekthaftung d. -	89, 62, 90	
- Prüfung bautechnischer Fragen	89, 50	
- Schaden	89, 50	
	(LS)	
- Versicherungsschutz	89, 51	
Unterschrift		
- Honorarrechnungen	89, 34	
- Klageschrift	89, 175	
Verjährung, § 12 VVG		
- Beginn	89, 51	
- Verjährungshemmung, § 12 II	89, 51	
Verjährung, § 51 BRAO		
- Analogie zu § 852 Abs. 2 BGB	89, 123	
- Wiederholung der Einrede	89, 123	
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51a WPO)		
- Belehrungspflicht über eigene Fehler		
und Verjährungsvorschrift (Sekundäranspruch)		
= Anlaß zur Prüfung u. Belehrung	89, 73, 82	
= Beginn d. Belehrungspflicht	89, 73, 82	
= keine Belehrungspflicht		
- Kenntnis d. Fehlers und d. Verjährungslage	89, 125, 130	
- Unkenntnis über Verjährungsvorschrift	89, 5	
= Mandatsende	89, 82	
= Nachbearbeitungsauftrag an Kollegen	89, 125, 130	
= schuldhaft Verletzung der -	89, 28	
- Verjährungsbeginn		
= Ablauf d. Festsetzungsverjährung	89, 14	
= Betriebsprüfung		
allgemein	89, 14, 44	
= Folgeschäden	89, 45, 82	
= Kapitalanlage	89, 5	
= Kaufvertrag	89, 145	
= Konkurs	89, 45	
= Verlust der 7 b-AfA	89, 28	
= Zahlung d. Steuer	89, 14	
Verjährung, Schadenersatzanspruch		
(§ 51a WPO)		
- vorvertraglicher Regreßanspruch	89, 145	
- Steuerberatung d. „Nur-Wirtschaftsprüfer“	89, 28	
Verjährung (§ 638 BGB)		
- Mangelfolgeschaden	89, 89	
Verjährung, § 852 BGB, 82 KO		
- Kenntnis des Vertreters	89, 133	
- Verjährungshemmung, § 852 Abs. 2 BGB		
= „Einschlafen“ von Verhandlungen	89, 133	
= Meinungs austausch		
Verschulden		
- durch Kollegialgerichtsentscheidung	89, 104	
Versicherungsschutz		
- Anerkenntnisverbot	89, 50	
	(LS)	
- Anzeigepflichtverletzung	89, 51	
- Bindungswirkung d. Haftpflichturteils	89, 2, 51	
- wissentl. Pflichtverletzung		
= verdeckte Provisionsannahme	89, 156	
= Zahlung vor Fälligkeit	89, 51	
- Relevanzrechtsprechung	89, 53	
- Trennungsprinzip Haftpflicht-/Deckungsprozeß	89, 156	
- Treuhänderhaftung	89, 51	
- Verjährung, § 12 VVG	89, 51	
Vollmacht		
- Handeln ohne -	89, 87	
Vorteilsausgleich		
- Anlageberatung	89, 36	
	(LS)	
Vorvertraglicher Regreßanspruch		
- Verjährung des -	89, 145	
Wiedereinsetzung		
- Büroversehen d. Stb/Wp/RA		
= Hilfskräfte	89, 166	
= Nichtabgabe eines Schriftsatzes	89, 169	
- Fristenkontrolle		
= Anweisung an Bürokraft	89, 166	
= im Arbeitsgerichtsverfahren	89, 172	
= Briefumschlag, Zustellungsdatum	89, 166	
= Form d. Fristnotierung	89, 167	
= Fristenkontrollbuch	89, 166	
- Fristwahrung		
= durch Hilfskräfte	89, 166	
- Glaubhaftmachung		
= eidesstattl. Versicherung	89, 166	
Wirtschaftsprüfer		
- Befangenheit, § 319 HGB	88, 22	
- Verdacht d. Vermögensverfalls	89, 72, 122	
Wp-GmbH		
- Durchgriffshaftung d. Geschäftsführers	89, 145	
Zurückbehaltungsrecht		
- an Arbeitsergebnissen	89, 37	
- an Hauptabschlußübersicht und		
Umbuchungsliste	89, 37	
- Konkurs des Mandanten	89, 37	
Zustellung		
- an StB oder Mandanten	88, 22	

BGH v. 19.3.1987 – IX ZR 166/86	89, 50 (LS)	OLG Schleswig v. 5.10.1988 – 2 W 120/87 = AnwBl 1989, 245	89, 144
BGH v. 10.8.1987 – NotZ 4/87 = NJW 1988, 208	89, 72	OLG Stuttgart v. 13.12.1988 – 12 U 30/88	89, 50 (LS)
BGH v. 13.1.1988 – IVa ZB 13/87	89, 166		
BGH v. 28.1.1988 – IX ZR 102/87 = WM 1988, 472	89, 33	LG Aachen v. 2.9.1987 – 4 O 167/87 = StB 1988, 389	89, 34
BGH v. 3.2.1988 – IVa ZR 196/86 = StB 1988, 312	89, 34	LG Arnberg v. 6.1.1989 – 1 O 207/88	89, 90
BGH v. 11.7.1988 – II ZR 232/87 = BB 1988, 1992 = NJW 1989, 293 = WuB IV A § 276 BGB 1.88 Huff = ZIP 1988, 1581 = WM 1988, 1535 = Jub 1989, 324	89, 3	LG Bremen v. 11.10.1988 – 1 O 3478/86 und 1 O 1440/88	89, 133
BGH v. 27.9.1988 – IX ZR 4/88	89, 36 (LS)	LG Darmstadt v. 8.1.1987 – 10 O 245/86	89, 2
= EWIR § 676 BGB 2/88, II, 91 (Medicus)		LG Detmold v. 12.12.1987 – 1 O 268/87	89, 25
= ZIP 1988, 1464		LG Dortmund v. 17.12.1987 – 2 O 60/87	89, 2
= WM 1988, 1685		LG Düsseldorf v. 19.7.1988 – 10 O 119/88	89, 116
= NJW-RR 1989, 150		LG Heidelberg v. 21.9.1988 – 3 O 65/88	89, 14
BGH v. 28.9.1988 – IVa ZR 45/87	89, 99	LG Hildesheim v. 10.3.1987 – 3 O 551/86, rkr.	89, 130
= VersR 1988, 1275 = WM 1988, 1636		LG Hildesheim v. 21.4.1988 – 22 Qs 1/88 = wistra 1988, 327	89, 2
= WuB IV A § 675I, 89; Sturmhoebel		LG Kiel v. 24.10.1988 – II O 302/88	89, 30
BGH v. 18.10.1988 – XI ZR 12/88	89, 95	LG Köln v. 25.6.1987 – 24 O 154/87	89, 2
= VersR 1989, 375		LG Köln v. 16.2.1989 – 2 U 203/88	89, 89
BGH v. 20.10.1988 – VII ZR 219/87	89, 50 (LS)	LG München I v. 5.5.1987 – 10 O 15390/84	89, 2, 36
= ZIP 1988, 1573		LG München I v. 22.4.1988 – 19 Qs 3/88 = wistra 1988, 326	89, 36 (LS)
= WM 1988, 1831		LG Regensburg v. 27.5.1988 – 6 O 566/88	89, 50
= WuB I G 7 Immobilienanlagen 3.89 v. Heymann		= DSrR 1988, 753	89, 35 (LS)
= NJW 1989, 894		LG Wuppertal v. 9.2.1988 – 5 O 352/87	89, 35
BGH v. 25.10.1988 – XI ZR 3/88	89, 37	AG Euskirchen v. 20.8.1987 – 4 C 227/87	89, 17
= WM 1988, 1755			
= ZIP 1988, 1474		BFH v. 4.6.1986 – VII E 01/86	89, 34
= BB 1988, 2428		= BFH NV 1988, 47	
= EWIR § 67 BGB 1/89, 33 Keller		BFH v. 26.11.1986 – IX R 64/86	89, 166
= WuB IV A § 667 BGB 1.89 Sturmhoebel		= BFH NV 1988, 33	
= DSrR 1989, 259		BFH v. 21.5.1987 – IV R 124/83	89, 108
BGH v. 10.11.1988 – IX ZR 31/88	89, 94	= BFH NV 1988, 760	89, 109
= WM 1988, 1853		BFH v. 23.6.1987 – IV R 33/86	89, 109
BGH v. 13.12.1988 – IX ZR 26/88	89, 109	= BStBl. 1988, 979	89, 22
= INF 1989, 166		BFH v. 29.7.1987 – I R 367, 379/83	89, 22
= StB 1989, 122		= STEUER-TELEX 0824	
BGH v. 15.12.1988 – IX ZR 33/88	89, 123	= LEXinform 0081194	
BGH v. 20.12.1988 – IX ZR 88/88	89, 72	BFH v. 26.8.1987 – IR 141/86	89, 166
= WM 1989, 450		= STEUER-TELEX 0317	
BGH v. 21.12.1988 – VIII ZR 84/88	89, 167	= LEXinform 0081060	
BGH v. 21.12.1988 – VIII ZB 35/88	89, 169	BFH v. 26.8.1987 – I R 144/86	89, 22
BGH v. 26.1.1989 – XI ZR 81/88	89, 79	= BStBl. 88 II, 109	
BGH v. 14.2.1989 – XI ZR 14/88	89, 73	BFH v. 10.12.1987 – IV R 53/86	89, 108
		= BFH NV 1988, 752	
		BFH v. 30.3.1988 – II R 48/87	89, 122
		= BFH NV 1989, 215	
		BFH v. 19.4.1988 – VII R 85/87	89, 122
		= BFH NV 1989, 49	
		BFH v. 26.7.1988 – X R 45/87	89, 175
		= BFH NV 1989, 238	
		BFH v. 7.12.1988 – X R 80/87	89, 94
		= DSrR 1989, 209	
		BFH v. 17.3.1989 – III B 136/87	89, 176
		FG Baden-Württemberg v. 22.1.1988 – IX K 237/84	89, 46
		= EFG 1988, 546	
		FG Rheinland-Pfalz v. 23.3.1987	89, 108
		= EFG 1987, 449	
		FG München Vorbesch. v. 4.8.1989 – VI 225/86 E, nicht rkr.	89, 87
		LAG Köln Ur. v. 23.3.1988 – 7 Sa 1378/87	89, 72
		= StB 1989, 45	
		OVG Rheinl.-Pfalz (Koblenz) v. 8.8.1988 – 6 A 2/88	89, 122
		= RBeistand 1988, 223	
		VerwG München Ur. v. 8.11.1988 – M 16 K 88, 1266	89, 72
		= MittBl. WPK Nr. 133/89	
		Hess. VGH Ur. v. 19.7.1988 – II UE 1191/86	89, 144
		= AnwBl 1988, 591	
		Erlaß Nordrhein-Westfalen v. 7.1.1988	89, 22 (LS)
		= S 0202-4-VC	
BayOLG Beschl. v. 17.9.1987 – BReg. 3 Z 76/87 = AG 1988, 18	89, 22		
OLG Celle v. 12.10.1988 – 3 U 278/87	89, 39		
OLG Düsseldorf v. 26.5.1987 – 21 U 259/86	89, 42		
OLG Düsseldorf v. 27.9.1988 – 4 U 245/87	89, 51		
OLG Düsseldorf v. 28.11.1988 – 18 W 62/88	89, 44		
OLG Düsseldorf v. 26.1.1989 – 18 U 190/88	89, 102		
OLG Düsseldorf v. 16.2.1989 – 18 U 228/88 rkr.	89, 82		
OLG Düsseldorf v. 6.4.1989 – 18 U 215/88 rkr.	89, 111		
OLG Frankfurt v. 2.2.1988 – 14 U 132/86	89, 34		
= NJW 1988, 2807			
OLG Hamburg v. 5.4.1989 – 5 U 44/86	89, 145		
OLG Hamburg v. 12.4.1989 – 8 U 231/88, rkr.	89, 125		
OLG Hamm v. 7.10.1988 – 25 U 59/88 rkr.	89, 144		
= NJW-RR 1989, 364 = StB 1989, 45			
OLG Hamm v. 7.12.1988 – 25 U 34/88	89, 154		
OLG Karlsruhe v. 25.5.1988 – 6 U 232/87	89, 144		
= AnwBl 1989, 244			
OLG Karlsruhe v. 25.1.1989 – 1 U 1985/88	89, 172		
OLG Köln v. 19.9.1988 – 8 U 13/88	89, 5		
OLG Köln v. 20.9.1988 – 15 U 67/86	89, 62		
OLG Köln v. 14.2.1989 – 9 U 36/88	89, 94		
OLG Köln v. 27.4.1989 – 5 U 175/88	89, 156		
OLG Oldenburg v. 4.11.1988 – 6 U 154/88	89, 23		

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7298

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.